Das Magazin für den öffentlichen Dienst

Dezember 2018

hauptstadt magazin

Ernüchternde Bilanz zum Jahresende

dbb beamtenbund und tarifunion berlin

© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

die Bilanz zum Jahresende sieht im Berliner Landesdienst leider nicht gut aus: Der Senat hat ein weiteres Jahr verstreichen lassen, ohne die massiven Personalprobleme im öffentlichen Dienst auch nur ansatzweise zu lösen.

Auch das routinemäßige Grundsatzgespräch mit dem zuständigen Finanzsenator Kollatz hat einmal mehr gezeigt, wie unglaublich zögerlich und klein die Schritte sind, mit denen Berlin glaubt, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wiederherstellen zu können.

Lange Wege werden auch noch zu gehen sein, bevor das Berliner E-Government-Gesetz in der Landesverwaltung und in den Bezirken umgesetzt ist. Zu viele Jahre hat Berlin die IT verrotten lassen, ließ die für Informations- und Kommunikationstechnik zuständige Staatsekretärin Sabine Smentek im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „dbb im dialog“ wissen. Keine gute aber eine sehr ungeschönte Nachricht, wie wir sie von Senatsseite kaum noch gewohnt sind.

Breiten Raum nimmt in diesem Heft der Justizbereich ein. Zum einen mit einem ausführlichen Bericht über die Arbeit der Gerichtsvollzieher, die als Einzelkämpfer gewöhnlich keine große Beachtung finden. Zum anderen hat der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz sein 60-jähriges Jubiläum gefeiert und die DJG eine ernüchternde Bilanz über die Entwicklungen im Justizdienst im vergangenen Jahr gezogen.

Die dbb jugend berlin hat bei einer Sitzung ihrer Landesleitung Ziele und Aufgabenstellungen abgesteckt und auch beim Landesgewerkschaftstag des vbba war die Jugendarbeit wichtiges Thema.

Mit der letzten Ausgabe des hauptstadt magazins in diesem Jahr darf ich schließlich Ihnen und Ihren Familien schon jetzt von Herzen eine geruhsame Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr wünschen

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik
Mangel, Frust, Abwanderung 4
Im Schneckentempo voran 5

dbb im Dialog
IT-Staatssekretärin Sabine Smentek 6

Besoldung
Eckpunkte für ein einheitliches Landesbesoldungsgesetz vorgelegt 8

Jugend
Es geht um moderne Gewerkschafts- und Nachwuchsarbeit 9

Gerichtsvollzieher
Nichts für Angsthasen 10

Aus den Mitgliedsgewerkschaften
60 Jahre Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz 12
Hauptstadtball „Berlin tanzt“ 13
vbba Landesgewerkschaftstag 14

Unterhaltung
Preisrätsel 15
Kindershow „Spiel mit der Zeit“ 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.
Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © Andrey Shevchenko/Fotolia.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Mangel, Frust, Abwanderung

Der Berliner Senat hat ein weiteres Jahr verstreichen lassen, ohne das Ausbluten des Landesdienstes zu verhindern. Das ist das ernüchternde Fazit des dbb berlin zum Jahresende. Auch die Hoffnung, dass der SPD-Landesparteitag im November seinen Senatsmitgliedern eine echte Kurskorrektur aufgibt, hat sich am Jahresende noch zerschlagen.

Es ist mittlerweile gleichgültig, in welche Berliner Verwaltung man schaut, klagt dbb Landeschef Frank Becker, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind chronisch überlastet, leiden größtenteils an einem maroden und schlecht ausgestatteten Arbeitsumfeld und müssen zum Teil sogar täglich um die eigene Sicherheit bangen.

Wenn es dann noch an Wertschätzung fehlt, sondern im Gegenteil selbst die amtsangemessene Alimentation noch eingeklagt werden muss, sollte sich niemand darüber wundern, dass abwandert wer kann und der Nachwuchs ausbleibt.

Deutlich verschlechtert hat sich das Klima zwischen Dienstherrn und Landesbediensteten zusätzlich durch Halbwahrheiten, Tricksereien und gebrochene Zusagen. Egal ob der Senat zusätzliche Stellenausschreibungen oder die digitale Hauptstadt feiert, die Realität der Bediensteten verbessert das zunächst nicht. Die Stellen können größtenteils nicht besetzt werden und ein längst überfälliges Technologieprogramm lässt sich kurzfristig schon gar nicht realisieren. Tatsächlich wurde in beiden Fällen ein Umsteuern, nämlich zu ausreichenden Investitionen in Personal und Ausstattung, schlicht verschlafen.

Warnungen des dbb berlin vor einem personellen Notstand auch aufgrund der nicht konkurrenzfähigen Bezahlung im Landesdienst blieben ungehört oder wurden kurzerhand mit dem Hinweis auf Charme und Attraktivität der Hauptstadt abgetan. Nicht anders erging es den Personalräten.

Der „Charme“ der Hauptstadt offenbart sich allerdings für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes u. a. in Schulen mit zugenagelten Fenstern und überfüllten Klassen, in zunehmender verbaler und tätlicher Gewalt selbst gegenüber Rettungsdiensten und Feuerwehr, in Hardwareausstattungen von vorvorgestern usw., usw. Glaubt denn der Senat ernsthaft, derartige Zustände ließen sich verbergen und würden keine abschreckende Wirkung auf potenzielle Bewerber entfalten? Von dem deutlich höheren Verdienst bei anderen Gebietskörperschaften einmal abgesehen.

Und wie müssen sich eigentlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen, die mit der festen Zusage auf eine Rückzahlung in besseren Zeiten Gehaltsverzichte geleistet haben, wenn sie bei vollen Kassen mit Zulagen abgespeist werden sollen, die die Bezahlung allenfalls gerichtsfest aber keineswegs gerecht gestalten.

Der dbb berlin appelliert deshalb an alle politisch Verantwortlichen: Verlieren Sie nicht noch mehr Zeit, nehmen Sie endlich eine Kurskorrektur vor, die Berlin wieder wettbewerbsfähig macht! Zahlen Sie Gehälter auf Bundesniveau! Haben Sie ein offenes Ohr für die Probleme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bringen Sie Ihnen endlich die Wertschätzung entgegen, die sie verdienen! ■

© fotogestoeber / Fotolia

© Pixabay

Besoldung

Im Schneckentempo voran

„Bei der Berliner Besoldung hat sich mit der Erhöhung der Sonderzuwendung tatsächlich etwas bewegt. Allerdings leider nur im Schneckentempo. Viele Kolleginnen und Kollegen empfinden die unterschiedliche Erhöhung der Sonderzuwendung als ungerecht", kommentierte Thomas Goiny, stellvertretender Landesvorsitzender und Gesprächsführer des dbb berlin, das Ergebnis eines routinemäßigen beamtenpolitischen Grundsatzgesprächs am 29. Oktober 2018 mit Finanzsenator Matthias Kollatz.

Nach Angaben von Kollatz hat die vorgesehene Erhöhung des Weihnachtsgeldes den Rat der Bürgermeister bereits passiert. Das geänderte Sonderzuwendungsgesetz werde vermutlich im Januar 2019 umgesetzt. Die Programmierungen für die geänderten Auszahlungen hätten mittlerweile begonnen.

Zusagen endlich einhalten!

Vom dbb berlin wurde die Verbesserung zwar begrüßt, vor allem aber die Einhaltung der Zusagen angemahnt, die den Beschäftigten beim Solidarpakt 2003 zugesichert worden waren. Danach sollen die Kürzungen zurückgenommen werden, wenn die wirtschaftliche Situation Berlins sich verbessert. Berlin gehe es aber mit dem derzeitigen Milliardenüberschuss wirtschaftlich so gut wie lange nicht mehr. Worauf warte der Senat also noch?

Lehrer verbeamten!

Ebenfalls im Rahmen des Solidarpakts ist in Berlin auch die Verbeamtung der Lehrer gestoppt worden, eine Maßnahme, die nach Auffassung des dbb berlin ebenfalls umgehend rückgängig gemacht werden muss. Denn tarifbeschäftigte Lehrer würden mittlerweile teuer eingekauft. Vor allem aber entspräche ihr Status nicht den von Lehrerinnen und Lehrern wahrgenommenen hoheitlichen Aufgaben. Schließlich verzerre das Festhalten an der Senatspolitik den personellen Wettbewerb mit den anderen Bundesländern, die die Lehrer ausnahmslos verbeamten.

In Berlin sollen jetzt die Auswirkungen der seit Kurzem in Sachsen stattfindenden Verbeamtungen bis zum 42. Lebensjahr evaluiert werden, teilte der Finanzminister dazu mit.

In Sachen Personalfluktuation zeigte sich Kollatz optimistisch, dass die massiven Abwanderungsjahre bald abebben. Zur besseren Personalgewinnung setze der Senat u. a. auf schnellere Einstellungsverfahren, effizienteres Wissens- und Gesundheitsmanagement sowie Verbesserungen im Marketing für Nachwuchskräfte und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Verwendungsaufstieg soll gestärkt werden

Zur vorgesehenen Novellierung des Berliner Laufbahngesetzes kündigte Kollatz an, dass dem Verwendungsaufstieg künftig mehr Bedeutung zukommen und auch wieder im mittleren Dienst der Justiz ausgebildet werden soll. Weitere Überlegungen beträfen die Heraufsetzung der Altersgrenze für eine Verbeamtung.

An dem in sachlicher und entspannter Atmosphäre geführten Gespräch nahmen neben Thomas Goiny auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Heike Breuning, Sandra Kothe, Synnöve Nüchter und Bodo Pfalzgraf sowie Detlef Dames als dbb Vertreter im Hauptpersonalrat teil.

© MEV

dbb im Dialog mit Sabine Smentek

Noch lange Wege ...

... sind zu gehen, bevor das Berliner E-Government-Gesetz in der Landesverwaltung und in den Bezirken umgesetzt ist. Daran hat Sabine Smentek, Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnik in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, am 30. Oktober beim dbb berlin keinen Zweifel gelassen.

Berlin, so die Staatssekretärin bei einer Diskussion im Rahmen der Gesprächsreihe „dbb im Dialog“, habe die IT über viele Jahre verrotten lassen, auf Einzellösungen gesetzt und technologische Schulden auch bei der Verkabelung angehäuft. Wirksam umgesteuert worden sei erst mit der Verabschiedung des E-Government-Gesetzes, das in geradezu vorbildlicher Weise auf eine behördenübergreifende Vereinheitlichung der Digitalisierung nach modernsten Standards in der Landesverwaltung und in den Bezirken setzt.

Umgestaltung eines Großkonzerns

Die Umsetzung des Gesetzes, das übrigens auch Grundlage für die Einrichtung der von Sabine Smentek bekleideten Staatssekretärsposition war, ist allerdings eine herkulische Aufgabe, die nicht von heute auf morgen umsetzbar ist. Immerhin handelt es sich um die digitale Umgestaltung eines Großkonzerns mit rund 100.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in drei verschiedene Zielrichtungen geht.

Die Diskussionsrunde

© dbb berlin (2)

Zum einen will die Stadt Bürgern und Unternehmern ein breites Angebot an Onlinedienstleistungen bereitstellen – bis zum Ende der Legislaturperiode sollen es nicht weniger als 100 sein – zum anderen muss gleichzeitig auch die Digitalisierung der Verwaltung selbst nach einheitlichen Standards energisch vorangetrieben werden, weil andernfalls von Verwaltungsvereinfachung keine Rede sein kann.

Noch keine „medienbruchfreie“ Arbeit

Es nutzt nämlich wenig, beklagten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dbb berlin an der Veranstaltung, wenn Anträge zwar elektronisch von den Bürgern gestellt werden können, dann aber innerhalb der Verwaltung die technischen Voraussetzungen fehlen, um sie entsprechend oder auch im Fachjargon „medienbruchfrei“ weiterverarbeiten zu können. Hier fehlt es nicht nur an der entsprechenden Software, die idealerweise behördenübergreifend funktionieren muss, sondern schon an den notwendigen Hardwarevoraussetzungen.

Über 50 Prozent der in Berliner Büros genutzten Hardware ist älter als fünf Jahre. Ein absolutes „no go“, weiß auch die Staatssekretärin, die deshalb zunächst einmal für eine Standardisierung der genutzten Produkte sorgen musste, wobei einige Bereiche, wie Justiz oder Steuerverwaltung, auch in Zukunft funktionsbedingt mit eigener Software arbeiten werden.

Auch für einen einheitlichen IT-Dienstleister ist inzwischen mit dem ITDZ gesorgt, dessen Personal von 700 auf 1.200 aufgestockt werden soll. Allerdings braucht auch dieser Dienstleister ausreichend Zeit, um alle Leistungen im Bereich von Daten- und Telekommunikation, die in der Berliner Verwaltung anfallen, auf sich zu konzentrieren: Die Staatssekretärin geht von etwa zehn Jahren aus.

Staatssekretärin Smentek und der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny (von rechts)

Nicht zuletzt die zwangsläufig lange Aufbauphase führt nach Feststellung der Staatssekretärin in den Verwaltungen durchaus zu Ressentiments und Präferenzen für Insellösungen, die durch Information und Aufklärung über das Ausmaß der Aufgabe abgebaut werden müssen. Da gibt es etwa Dienststellenleitungen, die wenig Interesse zeigen, Eigenverantwortlichkeiten aufzugeben oder sich mit neuen Systemen anzufreunden und auch die Beschäftigten verlieren in der langen Übergangsphase nicht selten die Lust an der Standardisierung und können deren Vorteile nicht mehr sehen. Nach fester Überzeugung der Staatssekretärin wird aber bei der Verwaltungsmodernisierung kein Weg daran vorbeiführen.

Ungeteilte politische Unterstützung

Ungeteilte Unterstützung für das Mammutprojekt gibt es dagegen im politischen Raum. Parteiübergreifend hat man seine zwingende Notwendigkeit erkannt und auch im Koalitionsprogramm steht die Verwaltungsmodernisierung an prominenter Stelle.

Personaleinsparungen wird es übrigens durch den Prozess nicht geben, denn auch in den Verwaltungen selbst werden weiterhin kompetente Techniker gebraucht, versicherte Sabine Smentek. ■

Eckpunkte für einheitliches Landesbesoldungsgesetz vorgelegt

Das Landesbesoldungsgesetz von Berlin und das Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) sollen endlich zusammengeführt und vereinheitlicht werden. In seiner Sitzung am 16. Oktober 2018 hat der Senat Eckpunkte für einen entsprechenden Gesetzentwurf genannt, die weitgehend mit langjährigen Forderungen des dbb berlin übereinstimmen.

Unabhängig davon hat dbb Landeschef Frank Becker bereits eine umfassende und fundierte gewerkschaftliche Begleitung im Sinne der Beschäftigten des Landes Berlin angekündigt und die Senatsvorlage bei der Senatsverwaltung für Finanzen angefordert.

Ein erster abstimmungsreifer Gesetzentwurf soll Ende 2019 vorliegen.

Konkret sollen folgende Eckpunkte frühzeitig abgestimmt werden:

- Anpassung der Sonderzuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit (§ 72 BBesG BE) in Anlehnung an den Personalgewinnungszuschlag des Bundes (§ 43 BBesG),
- Anpassung des Sonderzahlungsgesetzes (SZG) hinsichtlich der Erweiterung des Tatbestandsmerkmals „Dienstverhältnis“ in § 2 Abs. 1 SZG auf solche von Tarifbeschäftigten und in anderen EU-Mitgliedstaaten und der Erhöhung der Sonderbeträge für Kinder gemäß § 6 Sonderzahlungsgesetz,
- Überarbeitung der Ausgleichszulage (§ 13 BBesG BE) durch Schaffung einer Befristungsregelung,
- Überprüfung der Regelung berücksichtigungsfähiger Zeiten bei der Festsetzung der Besoldungsstufe (§ 28 BBesG BE),
- Anpassung der Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes (§ 46 BBesG BE) in Bezug auf die Verkürzung der Wartezeit,
- Überarbeitung des § 72 a BBesG BE (Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit) in Verbindung mit der Dienstbezügezuschlagsverordnung (DBZVO),
- Überarbeitung der Auslandsbesoldung durch Schaffung eigener landesgesetzlicher Regelungen in Anlehnung an die Bundesregelungen (§§ 52 ff. BBesG),
- Überprüfung der Neugestaltung der Vorschriften zum Familienzuschlag hinsichtlich der Abschaffung der Eigenmittelgrenze und des Zuschlages für Verheiratete zugunsten eines kindbezogenen Zuschlages,
- Überprüfung der Ämterbezeichnungen in den Besoldungsordnungen sowie der Zulagen insgesamt.

dbb jugend berlin

Es geht um moderne Gewerkschafts- und Nachwuchsarbeit

Die dbb jugend berlin will bei den jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen größeres Interesse an der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wecken. Bei ihrer Sitzung am 1. November 2018 war sich die Landesjugendleitung einig, dass Nachwuchskräfte mit gezielten Initiativen und Projekten noch viel stärker als bisher in die Interessenvertretung eingebunden werden müssen, damit ihren berechtigten Forderungen das angemessene Gewicht verliehen bzw. Rechnung getragen wird. Unter anderem will die dbb Jugendorganisation verstärkt in den sozialen Medien präsent sein und mit interessanten Events zum Mitmachen animieren.

Der Anfang wurde bereits mit der Veranstaltungsreihe „Besuch in den Behörden" gemacht, die die jungen dbbler ins Bundespresseamt und ins Auswärtige Amt zu Besichtigungen und Gesprächen geführt hat. Zu Jahresbeginn soll ein Besuch im Roten Rathaus folgen, bei dem wiederum nicht nur die Besichtigung des mit roten Backsteinen verblendeten Baus aus dem 19. Jahrhundert interessant werden dürfte.

Besuch im „Roten Rathaus"

Es sollen außerdem wichtige Kernforderungen der dbb jugend berlin aufs Tapet kommen, wie die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen, die Erhöhung der internen Ausbildungskapazitäten sowie die Übernahme aller Anwärter und Auszubildenden nach erfolgreicher Prüfung. Auch mit sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen muss endlich Schluss sein.

Bei ihrer Sitzung hat die Landesjugendleitung die konkrete Ausgestaltung ihrer modernen Gewerkschaftspolitik thematisch auf alle Schultern des fünfköpfigen Führungsteams mit Vanessa See an der Spitze verteilt. Neben den berufspolitischen Kerngebieten wie Beamten- und Tarifrecht galt es dabei auch Haushalts- und Organisationsfragen zu berücksichtigen, das Seminarprogramm zu betreuen oder auch die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen und den Selbsthilfeeinrichtungen zu intensivieren.

Kompetente Hilfestellung

Zur Seite stand der Landesjugendleitung dabei die stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin, Sandra Kothe, die nicht nur über langjährige Erfahrung in der Jugendarbeit verfügt, sondern sich auch innerhalb der dbb Landesleitung dem Thema Social Media verschrieben hat.

Gerichtsvollzieher in Berlin

Nichts für Angsthasen

Wer in Berlin erfolgreich als Gerichtsvollzieher arbeiten will, muss neben seiner Fachausbildung eine gewaltige Portion Mut und Selbstvertrauen mitbringen. Auch Organisationstalent ist sehr gefragt.

Thomas Steinbrecher ist seit fünf Jahren Gerichtsvollzieher in Neukölln-Nord und wurde unter anderem während einer Zwangsräumung schon selbst mit einer Waffe bedroht.

Zu seinem persönlichen Schutz hat er sich danach – vom eigenen Geld (!) – eine Schutzweste zugelegt. Diese nutzt er nun bei Zwangsräumungen und Zählersperrungen.

Bei den Schuldnern handelt es sich mitunter um eine hartgesottene Klientel, an der alle Mahnverfahren, die beispielsweise Telefongesellschaften, Versicherungen oder auch Stromanbieter angestrengt haben, ergebnislos abgeprallt sind.

Schriftlich angekündigte Hausbesuche und zwangsweise Öffnungen der Wohnungen verlaufen, so Steinbrecher, überraschend oft erfolgreich und die säumigen Schuldner sind plötzlich in der Lage, selbst größere Summen bar auf den Tisch zu legen. Der Gerichtsvollzieher trägt die häufig vierstelligen Beträge dann wiederum völlig ungeschützt quer durch seinen Problembezirk zur Bank!

© MEV

Vor verschlossenen Türen

Leider laufen nicht alle Hausbesuche so reibungslos ab. Oft wird der angekündigte Besuchstermin einfach ignoriert und der Gerichtsvollzieher steht vor verschlossenen Türen. Wenn auch eine weitere Aufforderung, die überfälligen Zahlungen im Gerichtsvollzieherbüro zu leisten, keinen Erfolg hat, muss Steinbrecher erneut ausrücken. Allerdings jetzt in Begleitung eines Schlossers, der notfalls die Tür aufbricht, damit der Gerichtsvollzieher in die Lage versetzt wird, Wertgegenstände zu pfänden oder im Extremfall sogar den Schuldner zu verhaften und ins Gefängnis abzuführen. Noch heikler ist die Situation, wenn Wohnungen zwangsgeräumt werden müssen.

Verbale und tätliche Attacken

Aber auch in den weniger brisanten Fällen sind die Gerichtsvollzieher immer wieder verbalen und bisweilen auch tätlichen Attacken ausgesetzt. „Eine Statistik über die Angriffe auf uns wird erst gar nicht geführt," beantwortet Steinbrecher die Frage nach der Häufigkeit solcher Gefahrenmomente, Beschimpfungen seien aber fast an der Tagesordnung und speziell mit den sogenannten Reichsbürgern

gäbe es ständig Ärger. Das Eintreiben von Schulden vor Ort macht etwa nur ein Fünftel der Gerichtsvollziehertätigkeit aus. Alles andere ist Organisation und Verwaltung, die auch deshalb in so hohem Maße anfällt, weil Gerichtsvollzieher Einzelkämpfer und damit zwangsläufig auch „Allrounder“ sind.

Weitestgehend selbstverantwortlich

Aufgrund ihrer Sonderlaufbahn können sie zwar einerseits ihre Arbeitszeit frei einteilen, müssen aber andererseits auf jede Sachunterstützung des Dienstherrn verzichten. Im Klartext heißt das, sie sind weitestgehend selbstverantwortlich und müssen u. a. in eigener Regie ihr Büro anmieten, Büroausstattung und -material beschaffen, Telefonie- sowie Computertechnik einschließlich spezieller Gerichtsvollziehersoftware vorhalten und warten lassen. Für diese Leistungen beziehen sie neben einer Besoldung nach A 8 bzw. A 9 (Obergerichtsvollzieher) einen pauschalierten Bürokostenzuschuss, der aber leider nicht die Preisentwicklung, insbesondere auf dem Immobilienmarkt, berücksichtigt.

Eine gute Büroausstattung ist für Gerichtsvollzieher allerdings unverzichtbar, denn der Verwaltungsaufwand ist bei den etwa 1.400 Aufträgen, die jährlich bei jedem von ihnen eingehen, immens.

Immenser Verwaltungsaufwand

Da sind Besuchstermine festzulegen und Touren durch den Bezirk auszuarbeiten, Drittauskünfte über Schuldner einzuholen, ggfs. Schlosser und Polizeischutz zu bestellen, eingezogene Gelder auszukehren, Vorschüsse für Schlosserkosten bei den Gläubigern einzuholen, Vorgänge für das Amtsgericht aufzubereiten oder auch gepfändete Gegenstände einzulagern und zu versteigern. „Tatsächlich müssen wir ganz nebenbei auch noch einiges Kunst- und Technikverständnis mitbringen, um bei Pfändungen den Wert von Bildern, Schmuck oder technischen Geräten richtig einschätzen zu können“, meint Steinbrecher lakonisch,
„... und das alles für A 8 bis A 9.“

Allein ist dieses Pensum gar nicht zu schaffen. Deshalb steht auch jedem Gerichtsvollzieher eine Halbtagskraft zu. Aber auch mit deren Hilfe kann Steinbrecher eine 40-Stunden-Arbeitswoche in der Regel vergessen. Denn Gerichtsvollzieher sind knapp in Berlin

Thomas Steinbrecher

und bekommen deshalb regelmäßig zu viel Arbeit aufgebürdet.

Zu wenig Personal

Nach Feststellungen des Rechnungshofs fehlen 70 von ihnen beim derzeitigen Bestand von 270.

„Die Reform der Zwangsvollstreckung von 2013 hat uns weitere Aufgaben übertragen, etwa das Einholen von Drittauskünften, personelle Konsequenzen infolge der Mehrarbeit sind aber ausgeblieben,“ nennt Steinbrecher einen der Gründe für die Arbeitsverdichtung. Ansonsten spielen wie in allen anderen Landesverwaltungen die demografische Entwicklung und der Nachwuchsmangel eine Rolle.

Wenn sich Steinbrecher für seine zukünftige Arbeit etwas wünschen dürfte, stünde denn auch mehr Zeit für die Bearbeitung der einzelnen Vorgänge an allererster Stelle. Darüber hinaus wäre grundsätzlich wichtig, dass die Senatsverwaltung für Justiz den Belangen der Gerichtsvollzieher, die als Einzelkämpfer keine laute Stimme erheben können, mehr Beachtung schenkt. Steinbrecher, der auch stellvertretender Landesvorsitzender im Deutschen Gerichtsvollzieher Bund Berlin (DGVB) ist, setzt deshalb auf einen künftig noch engeren Zusammenschluss mit den Kollegen in der eigenen und mit den anderen Justizgewerkschaften im dbb berlin, um den Gerichtsvollziehern mehr Gehör im politischen Raum zu verschaffen.

Das hauptstadt magazin wünscht viel Erfolg! ■

© MEV

60 Jahre Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz

Stolz auf Kontinuität und konstruktive Zusammenarbeit

Mit großem Engagement verhandelt der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz seit sechs Jahrzehnten auf Augenhöhe mit dem jeweils zuständigen Senator bzw. der Senatorin zum Wohl der Kolleginnen und Kollegen der Berliner Justiz. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen, wie der Vorsitzende des Gremiums, Ulf Melchert (DJG), bei einem Festakt am 25. Oktober 2018 unterstrich.

Große Fortschritte wurden in den letzten Jahrzehnten zum Beispiel bei der Einführung familienfreundlicher Arbeitszeiten und moderner, IT-gestützter Arbeitsmethoden erreicht. Auch die Einrichtung der Sozialberatung der Berliner Justiz wertete Melchert als großen Erfolg. Nach anfänglichen Vorbehalten der Behördenleitungen und der Senatsverwaltung ist mittlerweile unbestritten, dass es auch in der Berliner Justiz einen großen Bedarf an „Hilfe“ für den Einzelnen gibt, kurz: dass die Sozialberatung ein Erfolg ist!

Kontinuierliche Arbeit

Hervorgehoben wurde von Melchert auch die Kontinuität in der Arbeit der Gesamtpersonalvertretung: „In den vergangenen Jahren gab und gibt es mindestens 15 Senatoren bzw. Senatorinnen, aber nur fünf Vorsitzende des Gesamtpersonalrats. Auf die damit zum Ausdruck gebrachte Kontinuität sind wir durchaus stolz.“ Melchert verhehlte nicht, dass das Arbeitsklima zwischen Gesamtpersonalvertretung und Verwaltung zwischenzeitlich durchaus von Misstrauen und Skepsis geprägt und für die anstehenden Herausforderungen wie die Digitalisierung und die Personalgewinnung alles andere als förderlich war. Bis 2030 werden 67 Prozent beziehungsweise circa 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden. Der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz habe deshalb in den letzten Jahren versucht, verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen und sich als kritischer, jedoch verantwortungsbewusster Begleiter der Verwaltung zu positionieren.

Dies habe sich für die Bediensteten etwa beim Gesundheitspakt im Strafvollzug, beim Sicherheitsrahmenkonzept und bei der QVO Just bereits positiv auswirkt.

Wichtige Zukunftsaufgaben

Wichtige Zukunftsaufgabe wird, so Melchert, eine Reform des mittlerweile in die Jahre gekommenen Personalvertretungsrechts sein. Konkret geht es um eine Schwerpunktverlagerung von den formalen Mitbestimmungs- und Mitwirkungstatbeständen zu einer rechtlichen Intensivierung des Informations- und Initiativrechts. Insbesondere eine frühzeitige Beteiligung der Personalvertretungen bei komplizierten Sachverhalten wäre zielführend.

Außerdem sollte der Gesamtpersonalrat künftig frühzeitiger über geplante Maßnahmen informiert werden.

Ulf Melchert

BERLIN

DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

HAUPTSTADTBALL 2019

der Deutschen Polizeigewerkschaft

Berlin tanzt

incl. Galabuffet.

16.02.2019

POLIZEI

Für Tanz und gute Laune sorgt
Dance & Showband Andreas von Haselberg

Tanzeinlagen durch

tanzschule
GERDA KELLER

Eintritt: 58,- € / 1 Tisch (10 Personen) 530,- €
48,- € Mitglieder DPolG/dbb-Gewerkschaften / 1 Tisch (10 Personen) 430,- €
Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr
Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin
Kartenverkauf über die Geschäftsstellen
von DPolG Bundespolizeigewerkschaft und DPolG Landesverband Berlin
Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74

Veranstalter: DPolG Markt Verlag und Sozialwerk GmbH

vbba Landesgewerkschaftstag

Viel Lob für die Jugendarbeit

Rückschau auf ein arbeits-, aber auch erfolgreiches Jahr hat die vbba Landesgruppe Berlin-Brandenburg Ende September bei ihrem Landesgewerkschaftstag in Grünau gehalten. So konnte die Landesgruppe ihren Einfluss nicht nur im Rahmen von Tarifverhandlungen bei den beiden Dachorganisationen vbob und dbb berlin deutlich verstärken. Viel Lob gab es außerdem für die forcierte Jugendarbeit in Berlin und Brandenburg.

Das verstärkte Engagement in den Nachwuchs habe nämlich bei den Wahlen zur Hauptjugend- und Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung bereits Früchte getragen, freute sich der Vorsitzende Manfred Feit, denn die vbba ist endlich in der Region wieder mit zwei Mandaten auf bezirklicher Ebene vertreten. Auch die Wahl des Landesjugendvertreters Rudolf (Rudi) Schulz zu einem der Stellvertreter der vbba Bundesjugendvorsitzenden Sarah Colomé ist das Ergebnis der verstärkten Jugendarbeit.

Ausgezeichnete Zusammenarbeit

Sehr aktiv ist die vbba Landesgruppe beim dbb berlin. Mit Carola Rodehau-Noack und Karsten Staß arbeiten zwei ihrer Mitglieder in den Arbeitsausschüsse des Landesbundes mit. Auch beim Aufbau neuer bzw. Ausbau bestehender Netzwerke in der Region und bei der Mitgliederwerbung bestehe eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem dbb berlin.

Den gemeinsamen Einsatz der vbba Landesgruppe mit dem dbb berlin in den zurückliegenden Tarifverhandlungen würdigte der stellvertretende vbba Bundesvorsitzende Gerhard Knab, der als Gast an der Veranstaltung teilnahm. In einem Bericht über den vbba Bundesgewerkschaftstag 2018 in Fulda hob Knab unter dem großem Beifall der Delegierten außerdem hervor, dass der vbba Bundesgewerkschaftstag mit der neu gebildeten Grundsatzkommission „Digitalisierung in der BA“ eine Initiative der Landesgruppe Berlin-Brandenburg aufgegriffen habe.

Weitere Themen des Landesgewerkschaftstages waren die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung, die ersten Vorbereitungen für die bevorstehenden Personalratswahlen im Jahr 2020 sowie Berichte aus den örtlichen Gruppen.

Auch 2018 hat die Landesgruppe wieder das Fußballturnier der Berliner und (erstmals) Brandenburger Arbeitsagenturen und Jobcenter gesponsort.

Schließlich wurde Günther Heß als Stellvertreter von Horst Wisniewski als Vertreter der Landesgruppe für die Bundessenioren gewählt.

Der nächste Landesgewerkschaftstag ist für den 23. bis 24. September 2019 geplant.

vbba

120 Jahre Mitgliedschaft ...

... weisen mit Eckhard Schulz und Norbert Schulz zwei verdiente vbba Kollegen zusammengenommen auf. Die beiden Namensvettern, die kein Verwandtschaftsverhältnis verbindet, wurden im Kreise der Senioren mit Urkunden und einem kleinen Dankeschön geehrt – natürlich verbunden mit den besten Wünschen der Landesgruppe Berlin-Brandenburg.

Eckhard Schulz, Ehrenmitglied der Landesgruppe Berlin-Brandenburg, hat sich aus Anlass des Jubiläums an seine Anfänge in der Arbeitsverwaltung erinnert:

„Ich war einer von 28 ‚Angestelltenlehrlingen‘, die am 1. Juni 1953 für damals neun Arbeitsämter eingestellt wurden. Als erste Nachwuchskräfte seit Kriegsende wurden wir mit unseren Eltern vom LAA-Präsidenten und einem Klassik-Orchester feierlich begrüßt.“

Nach vielen Stationen, u.a. in der Vermittlung, der Verwaltung und der Widerspruchsstelle, landete Schulz 1962 beim Arbeitsamt III Berlin (West), dem

er bis zur Pensionierung als Abschnittsleiter im AAV Berlin Ende Juni 1998 die Treue gehalten hat.

„Meinen Eintritt in die vbba am 1. Januar1958 habe ich nie bereut," unterstreicht Eckhard Schulz, der sich u. a. als Gruppenvorsitzender im AA III Berlin (West) besonders um die Mitgliederwerbung verdient gemacht und lange Jahre im örtlichen und Bezirkspersonalrat die Belange der Beschäftigten vertreten hat. Norbert Schulz erinnert sich noch recht genau an seine Anfänge beim vbba vor 60 Jahren: „Damals war es eigentlich nur eine Vereinigung von Beamten auf kollegialer Basis. Die Jahreshauptversammlung – der jährliche Höhepunkt des Verbandslebens – fand im Restaurant Schultheiß an der Berliner Gedächtniskirche statt. Nach dem offiziellen Teil gab es das traditionelle Eisbeinessen, an dem auch die Ehepartner der Mitglieder teilnehmen durften, bei Tanz und Geselligkeit. Diese Veranstaltung brachte dem Verband auch den spöttischen Namen ‚Eisbeinclub' bei den damals konkurrierenden Gewerkschaften ÖTV und DAG ein."

Kein Vergleich zu heute, wenn Schulz in der Gewerkschaftszeitschrift die Beiträge aus der Verbandsarbeit und Gewerkschaftspolitik liest. Da habe sich der vbba gewaltig entwickelt, unterstreicht Norbert Schulz: „In diesem Sinne bin ich stolz auf unseren ‚Verband' und werde ihm hoffentlich noch lange die Treue halten können." ■

Aus schönen Tassen schmeckt es besser

Das können die Gewinner unseres Dezember-Preisrätsels selbst überprüfen.

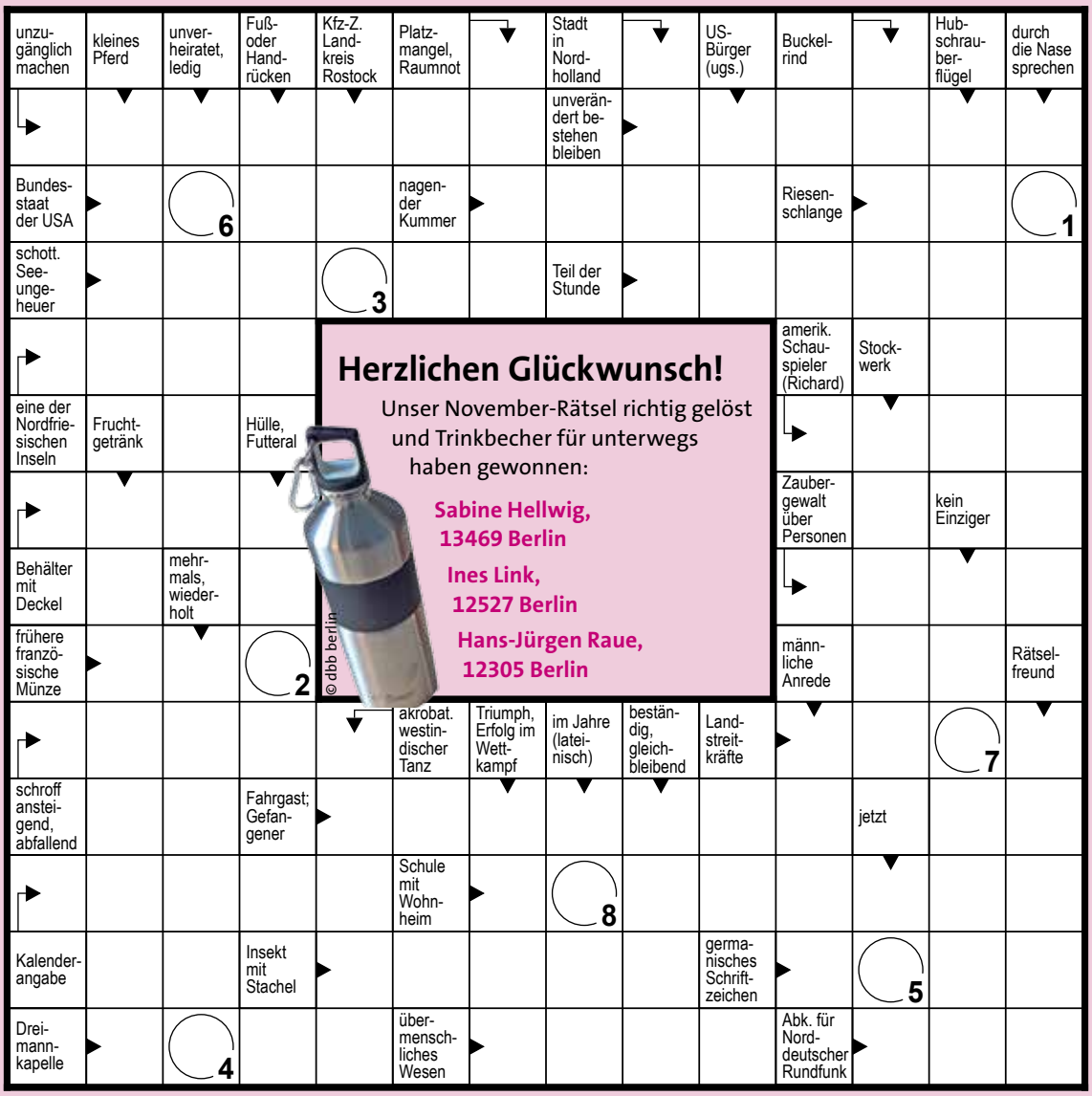
Denn die **Roland-Versicherung** hat 2 x 2 besonders formschöne Exemplare gesponsort, die mit ein wenig Glück auf Ihrem Kaffeetisch stehen könnten.

Schicken Sie uns das Lösungswort des Schwedenrätsels bis 16. Dezember 2018 an:

dbb berlin | post@dbb.berlin | Fax: 030.327952-20

Die Gewinnerinnen bzw. Gewinner werden unter den richtigen Lösungen ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. ■



Herzlichen Glückwunsch!

Unser November-Rätsel richtig gelöst und Trinkbecher für unterwegs haben gewonnen:

Sabine Hellwig, 13469 Berlin

Ines Link, 12527 Berlin

Hans-Jürgen Raue, 12305 Berlin

Kindershow „Spiel mit der Zeit“ im Friedrichstadt-Palast

Weihnachtszeit – Kinderzeit!

© Friedrichstadt-Palast/Nady El-Tounsy (3)

Die Weihnachts- und Adventszeit zählt bei Kindern und natürlich auch solchen, die es geblieben sind, zu den unbestrittenen Höhepunkten des Jahres. Im Berliner Friedrichstadt-Palast sorgen die Kids selbst mit einer mitreißenden Show für Staunen und Verzauberung – und das sogar bis Ende Januar. Wer also noch ein Weihnachtsgeschenk sucht oder einen Höhepunkt in der spannenden Vorweihnachtszeit setzen will, sollte umgehend buchen. Denn die Kindershow ist erfahrungsgemäß schnell ausverkauft. Kein Wunder, denn nicht weniger als 280 Kids und Teenager aus über 20 Nationen sorgen für ein unvergessliches Bühnenspektakel, das seit seiner Uraufführung im vergangenen Jahr schon über neunzigtausend junge Gäste in seinen Bann gezogen hat und in diesem sogar mit einem noch phantastischeren Bühnenbild aufwartet.

Sechs spannende Zeitreisen

Die Handlung ist schnell erklärt: Als Lea, Jule und Ben ein neues Videogame ausprobieren, fällt die Spielkonsole auf den Boden. Irgendwas muss kaputtgegangen sein, denn jedes Mal, wenn sie nun die Konsole heftig schütteln, schleudert sie ein Wackelkontakt in eine andere Zeit. In die Steinzeit, das alte Ägypten, den Wilden Westen, ins Mittelalter, die Wiener Klassik – und in die Zukunft. Unfreiwillige Zeitreisen mit einer defekten Spielkonsole sind zwar megaspannend, kommen aber auch ein wenig ungelegen, denn zum Abendessen müssen alle pünktlich zu Hause sein. Sonst gibt’s Hausarrest und das wäre bekanntlich schlimmer als hungrige Dinosaurier oder gefährliche Ritter.

Mit Kulturpreisen ausgezeichnet

Das größte Kinder- und Jugendensemble Europas wurde für seine Leistung mit dem Kulturpreis des Landes Berlin und vom Deutschen Kinderhilfswerk mit dem Deutschen Kinderkulturpreis ausgezeichnet.

Showbesucher sollten mindestens fünf Jahre als sein. Kinder unter drei Jahren haben keinen Zutritt.

Tickets für die circa zweistündige Vorstellung gibt es für die jungen Besucher ab 9,80 Euro und für Erwachsene ab 19,80 Euro unter **tickets@palast.berlin** oder **Telefon 030.2326 2326** (täglich von 9 bis 20 Uhr) ■